



Susanne Mittag
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung:

Susanne Mittag MdB zur Bonpflicht: Frau Grotelüschen verbreitet Fake-News

Berlin, 09.01.2020

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 5.133
Telefon: +49 30 22778171
Fax: +49 30 22770173
susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Str. 10
27749 Delmenhorst
Telefon: +49 4221 1521212
Fax: +49 4221 1521222
susanne.mittag.ma05@bundestag.de

Susanne Mittag, SPD-Bundestagsabgeordnete für Delmenhorst, Wesermarsch und Oldenburger Land, ist Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestags und dort für Kriminalitätsbekämpfung zuständig. Sie zeigt sich sehr überrascht über die Äußerung der CDU Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüschen, es handele sich bei der Bonpflicht um ein „Bürokratiemonster aus SPD-Feder“. Sie können sie gerne wie folgt zitieren:

*„Ich bin überrascht und auch einigermaßen empört, dass Frau Grotelüschen jetzt so tut, als ob die CDU mit der Einführung der Bonpflicht nichts zu tun habe, nur weil es gerade zur Stimmung der Betroffenen passt und opportun erscheint. Wahr ist, dass die Einführung betrugssicherer Kassen und einer Belegpflicht schon unter Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geplant und vorbereitet war – im Übrigen auch auf Drängen des Bundesrats – , aber so lange vernachlässigt wurde, dass die Einführung in die Amtszeit von Olaf Scholz gefallen ist. **Die Bonpflicht wurde somit von der Union mitformuliert und mitgetragen.***

*Eines muss doch klar sein: Täglich findet vor unser aller Augen Bargeldbetrug statt: in Restaurants, Kiosken und auf Wochenmärkten. Das Geld, das hinter dem Rücken des Fiskus eingenommen wird, summiert sich im Jahr auf geschätzte 10 bis 20 Milliarden. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit und im Sinne all jener, die ehrlich ihre Steuern zahlen, dass wir dem einen Riegel vorschieben. **Das Gesetz wurde bereits 2016 beschlossen, somit war die geplante Regelung Kassenherstellern, Handel und auch Frau Grotelüschen seit Jahren bekannt.** Alle hätten sich vorbereiten (Stichwort: Handyquittung) oder protestieren können. Dass Frau Grotelüschen das Gesetz nun in Grund und Boden rammt, spielt den Gegnern in die Hände, die vielleicht einen eigenen Grund haben, sich keine stärkeren Kontrollen zu wünschen.“*